Landesverband der
ELTERNVEREINE
ÖFFENTLICHER PFLICHTSCHULEN

Sonderpädagogik-Notstand:
Elternvertretung fordert Recht auf Bildung und echte Teilhabe

Landesverband der Elternvereine OÖ warnt vor Systemversagen bei der Inklusion und fordert Taten bei Landeshauptleutekonferenz am 19. Juni 2026.

Linz (OTS) – Im Vorfeld der Landeshauptleutekonferenz am 19. Juni 2026 schlägt der Landesverband der Elternvereine öffentlicher Pflichtschulen OÖ Alarm. Durch den akuten Mangel an sonderpädagogischen Ressourcen wird das Recht auf Bildung für viele Kinder massiv beschnitten. Der Landesverband fordert Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer auf, beim Bund eine sofortige Anhebung der Deckelung durchzusetzen.

Seit Jahrzehnten blockiert eine starre Quotendeckelung des Bundes den nötigen Ausbau von Lehrer*innenstunden für die Sonderpädagogik. Die Bilanz seit 2006 dokumentiert ein klares Versagen auf Systemebene: Acht Entschließungsanträge im Nationalrat, drei ergebnislose Beschlüsse der Landeshauptleute sowie das konsequente Ignorieren von drei Regierungsprogrammen und zweifacher Rechnungshofkritik zementieren den heutigen Notstand. Laut Gewerkschaftsangaben fehlen österreichweit bereits rund 4.000 Fachkräfte (Vollzeitäquivalente).

Bescheid ohne Mittel: Diagnostiziert, aber im Stich gelassen

Nach aufwändigen Verfahren wird bei den betroffenen Kindern zwar per amtlichem Bescheid ein sonderpädagogischer Förderbedarf (SPF) festgestellt – die dafür notwendigen Mittel und Stunden werden jedoch konsequent verwehrt.

„Das ist so, als würde man eine Pflanze bekommen, deren hohen Lichtbedarf feststellen und sie anschließend in einer dunklen Ecke abstellen“, zieht Daniela Schwabegger, Präsidentin des Landesverbandes der Elternvereine OÖ, einen drastischen Vergleich. „Das aktuelle System nimmt wissentlich in Kauf, dass sich Kinder mit Beeinträchtigung nicht ihren Anlagen gemäß entfalten können und ihre Chancen auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe massiv beschnitten werden.

„Die politisch verordnete Mangelverwaltung treibt Regelschulen an ihre Grenzen und löst einen fatalen Verdrängungsprozess aus“, warnt Schwabegger. Mangels Ressourcen werden betroffene Kinder oft nur noch stundenweise beschult oder müssen ganz zu Hause bleiben, wenn die Assistenzkraft ausfällt. Die Zahl der Suspendierungen – besonders von neurodivergenten Kindern – steigt rasant, weil der Betreuungsschlüssel kollabiert. „Eltern werden aus schierer Not zurück in die Sonderschulen gedrängt, weil die politische Steuerung im Regelsystem versagt. Oft sind es die Mütter, die ihren Job aufgeben müssen, um die fehlende Beschulung privat aufzufangen. Das ist ein massiver bildungspolitischer Rückschritt, der die mühsam aufgebaute schulische Inklusion akut gefährdet.“

Ziel: Ein selbstbestimmtes Leben und individuelle Bestleistungen

Für den Landesverband geht es um eine fundamentale gesellschaftliche Verantwortung. „Unser Ziel muss es sein, jedes Kind zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen und echte Teilhabe zu verwirklichen“, unterstreicht Schwabegger. „Dazu braucht es frühzeitige Förderung durch bestens ausgebildetes sonderpädagogisches Personal. Schulassistent*innen leisten im Alltag unschätzbare und

unverzichtbare Arbeit, können und dürfen jedoch die spezifische pädagogische Förderung durch Fachkräfte nicht ersetzen“, so Schwabegger.

Verfassungsbruch auf Kosten der Zukunft
Österreich verletzt damit aktiv die eigenen Kinderrechte, die seit 2011 im Verfassungsrang stehen.
„Diese Situation ist ein verfassungsrechtliches Desaster und ökonomischer Unsinn“, betont Schwabegger. „Studien des Nobelpreisträgers James Heckman belegen eindeutig: Jeder Euro, der in die frühzeitige Förderung von Kindern investiert wird, fließt als vielfacher gesellschaftlicher Gewinn (*Return on Investment*) zurück. Wer hier spart, zahlt später als Gesellschaft drauf. Wir fordern den Landeshauptmann auf: Hauen Sie beim Bund für unsere Kinder auf den Tisch!“

Der Landesverband fordert daher eine sofortige Aufstockung der Ressourcen und Lehrer*innenstunden für die Sonderpädagogik – und zwar spürbar bereits ab dem kommenden Schuljahr im Herbst 2026. Als konkreter Lösungsweg wird eine rasche §15A-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern vorgeschlagen, um die veraltete Quotendeckelung von 2,7 % auf mindestens 3,1 % anzuheben und der chronischen Mangelverwaltung endlich ein Ende zu setzen. Damit kein Kind ein weiteres Jahr ohne die ihm zustehende Unterstützung bleibt.

Der finale Appell
„Herr Landeshauptmann, nehmen Sie dieses brennende Thema mit zur Konferenz. Unsere Kinder brauchen die beste Bildung und Unterstützung JETZT und nicht irgendwann!“

Die parlamentarische Bürgerinitiative „Stoppt die NOT im Bildungsbereich!“ (www.eikib.at) wird vom Landesverband vollinhaltlich mitgetragen.

Rückfragehinweis & Kontakt: Landesverband der Elternvereine öffentlicher Pflichtschulen OÖ
Daniela Schwabegger, 0680/33 66 830, info@elternvereine.at